J 002
Lfd.-Nr. 1177

DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg

Flüchtlingspolitik

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material zu Antrag J 001

Der DGB soll sich dafür einsetzen, dass die jetzige Flüchtlingspolitik der Bundesregierung neu gestaltet wird.

*Im Vordergrund muss der Schutz **von** Flüchtlingen stehen, nicht der Schutz **vor** Flüchtlingen. Die EU-Organisation Frontex und die Richtlinien für den nationalen Grenzschutz müssen im Sinne dieses Grundsatzes umgestaltet werden. Insbesondere darf die Abschiebung bereits auf hoher See, die gegen internationales, zwingendes Recht verstößt, nicht länger praktiziert werden.*

Die Neugestaltung muss die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen sicherstellen. Dazu gehört auch die Einrichtung von legalen Einwanderungswegen für Menschen, die ihr Land unter Zwang und/oder illegal verlassen müssen. Weitere Maßnahmen sind:

- *Schaffung einer Quotenreglung für alle EU-Staaten, die Bevölkerungszahlen und Bruttosozialprodukt berücksichtigt. Bis zum Erreichen dieses Zieles muss die Bundesrepublik für sich eine beispielhafte Quote festlegen.*
- *Flüchtlinge, die die Bundesrepublik erreicht haben, dürfen hier ihren Asylantrag stellen.*
- *Alle Verordnungen und Gesetze, national und EU-weit, die die Rettung von Menschenleben behindern und/oder den Retter kriminalisieren oder sonstig benachteiligen, müssen aufgehoben werden.*
- *Das Recht von Flüchtlingen auf Asyl oder humane Duldung darf nicht untergraben werden.*
- *Die Bundesregierung und die Länder entwickeln Programme zur Förderung des Verständnisses für diese Maßnahmen durch die Bevölkerung.*
- *Die Bundesregierung drängt in der EU darauf, verstärkt Lösungen für die Ursachen der Flüchtlingsströme in der jeweiligen Heimat der Flüchtlinge zu finden.*